

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Strategie der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit

Die Bundesregierung engagiert sich seit vielen Jahren in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit (iBBZ) und begegnet einer steigenden Nachfrage nach deutschem Know-how in der dualen Berufsbildung. Globale Megatrends wie die Transformation der Arbeitswelt im Kontext der Digitalisierung, die Zunahme weltweiter Wanderungsbewegungen, der Klimawandel und die fortschreitende Globalisierung stellen die Bundesregierung vor neue Herausforderungen, die unter anderem in der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung adressiert werden.

Die hier vorgelegte Strategie bildet das gemeinsame Dach für die Ausrichtung der iBBZ der Bundesregierung und für deren Gestaltung zusammen mit weiteren Akteuren. Die Bundesregierung bekennt sich zum gemeinsamen strategischen Handeln ihrer Ressorts und schafft größtmögliche Kohärenz und Transparenz in der iBBZ der Bundesministerien. Die neue Strategie entwickelt im Rahmen geltender Haushalts- und Finanzplanansätze die Instrumente der Koordinierung und Abstimmung fort und ergänzt diese mit dem Ziel, Synergien und Komplementarität zwischen Einzelinitiativen zu schaffen und damit die Wirksamkeit der iBBZ insgesamt weiter zu steigern.

Berufliche Aus- und Weiterbildung ist zu einem weltweit anerkannten Schlüsselfaktor der internationalen Entwicklung geworden. Mit ihrem internationalen Engagement in der Berufsbildungszusammenarbeit setzt sich die Bundesregierung für einen gleichberechtigten Zugang zu beruflicher Bildung sowie für inklusive, hochwertige und arbeitsmarktorientierte Berufsbildung ein. Die Bundesregierung verfolgt mit guter und praxisnaher Berufsbildung das Ziel, weltweit dazu beizutragen

- politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe zu sichern,
- das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu steigern,
- die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen,
- qualifizierte Fachkräfte für lokale, deutsche und internationale Unternehmen im Ausland zu sichern,
- technologische Entwicklungen und Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen,
- Zukunftsperspektiven zu schaffen,
- Gesellschaften zu stabilisieren,
- Menschen in qualifizierte, menschenwürdige Arbeit zu bringen und damit Bleibeperspektiven für Menschen in den Heimatländern zu schaffen.

Die Bundesregierung favorisiert die in Deutschland praktizierte duale Berufsausbildung. Diese verbindet betriebliches mit schulischem Lernen. Sie vermittelt umfassende berufliche Handlungskompetenz und stellt eine sowohl am Arbeitsmarkt als auch an den Bedarfen der Unternehmen ausgerichtete, zugleich an den Beschäftigten orientierte, zukunftsgerichtete Ausbildung sicher. Durch ihr hohes Maß an Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit eröffnet sie vielfältige Karrierewege mit Entwicklungs- und Aufstiegschancen.

Die Bundesregierung unterstützt diese bewährte Form der Berufsbildung auch im Ausland. Sie führt den Dialog mit Regierungen, die Interesse am deutschen dualen System der Berufsbildung zeigen. Ziel der Bundesregierung ist es, die Partnerländer nachhaltig und bedarfsgerecht dabei zu unterstützen, kontextspezifisch Elemente praxisorientierter bzw. dualer Berufsbildung in ihr jeweiliges System wirksam einzupassen. In der Kooperation mit Partnern orientiert sich die Bundesregierung an den fünf Prinzipien des dualen Systems:

- Gemeinsame Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Sozialpartnern
- Lernen im Arbeitsprozess
- Akzeptanz von nationalen Berufs-, Ausbildungs- und Prüfungsstandards
- Qualifiziertes Bildungspersonal in Betrieben und Berufsschulen
- Institutionalisierte Berufsbildungs- und Arbeitsmarktforschung sowie Beratung zur Berufsbildung

Die Bundesregierung unterstreicht die Eigenverantwortung des jeweiligen Staates für eine zukunftsfähige und nachhaltige Berufsbildung. Die Auswahl der Partnerländer erfolgt anhand bildungs-, wirtschafts-, arbeitsmarkt-, entwicklungs-, kultur-, gesellschafts- und außenpolitischer Ziele. Die Ressorts setzen hierzu im Rahmen ihrer Zuständigkeiten eigene Prioritäten¹. Wesentlicher Teil der Anbahnung von Kooperationen der Bundesregierung sind Koordinierungs- und Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Bundesministerien sowie ihre Abstimmung mit den deutschen Kooperationsakteuren² und mit deutschen und internationalen Auslandsstrukturen.

Die Bundesregierung unterstützt politische Akteure der Partnerländer bei der Schaffung und Implementierung eines Rahmens für die Gestaltung und Weiterentwicklung beruflicher Bildung. Innerhalb dessen stärkt sie staatliche Institutionen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände sowie Sozialpartner. Dabei bezieht die Bundesregierung deutsche staatliche und nichtstaatliche Akteure wie die Länder, Kammerorganisationen, Sozialpartner, zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Bildungswirtschaft systematisch und strategisch in die iBBZ ein.

Für die Koordinierung und Abstimmung der iBBZ setzt die Bundesregierung ein Bündel von Instrumenten ein:

Runder Tisch für internationale Berufsbildungszusammenarbeit

Der „Runde Tisch“ ist die Informations- und Koordinationsstelle zur Abstimmung von Aktivitäten in der iBBZ. Er dient der ressort- und organisationsübergreifenden Zusammenarbeit. Mitglieder des Runden Tisches sind die Bundesministerien, die in ihrem Bereich tätigen Organisationen, die das deutsche Berufsbildungssystem tragenden Organisationen (insbesondere Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie das Bundesinstitut für Berufsbildung), die Kultusministerkonferenz und die Wirtschaftsministerkonferenz und die Bildungswirtschaft. Sie wirken an der Umsetzung der iBBZ im Ausland mit. Die Arbeitsweise des Runden Tisches wird in einer Geschäftsordnung geregelt. Die Geschäftsstellenfunktion des Runden Tisches obliegt der Zentralstelle der Bundesregierung für internationale Berufsbildungskoooperation (German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training, GOVET) im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Informationsangebot der Zentralstelle für Internationale Berufsbildungskoooperation im BIBB (GOVET)

GOVET unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer Strategie. Als zentrale Anlaufstelle berät GOVET Akteure der iBBZ und Interessenten an deutscher iBBZ aus dem In- und Ausland. GOVET sammelt Informationen zu Kooperationen der Akteure der iBBZ und stellt sie zur Verfügung. Daneben erstellt GOVET Analysen zu Ländern, Berufsbildungssystemen und Fach-themen. Die fachliche und finanzielle Verantwortung für GOVET trägt das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützen GOVET ebenfalls durch Personalentsendungen.

Länderstrategien

In Ländern, in denen die Bundesministerien einen erhöhten Abstimmungsbedarf sehen, entwickeln sie gemeinsam länderspezifische Strategien. Diese legen die Grundlage für Abstimmungsformate, Kooperationsmodelle, die Einbindung staatlicher sowie nichtstaatlicher Akteure und gegebenenfalls auch gemeinsame Inhalte sowie Arbeitsteilungen in den Kooperationen.

¹ Darstellung der Ressortschwerpunkte im Annex

² Liste der Mitglieder des Runden Tisches für iBBZ im Annex

Runde Tische an den deutschen Auslandsvertretungen

In den Partnerländern sind die deutschen Botschaften bzw. Generalkonsulate und die Auslandshandelskammern (AHKs) die ersten Ansprechpartner für die Berufsbildungszusammenarbeit. Die deutschen Auslandsvertretungen unterhalten in vielen Fällen „Runde Tische“ zur Abstimmung und zum Informationsaustausch deutscher Akteure der iBBZ. Die AHKs bringen dort die Interessen der deutschen und lokalen Wirtschaft mit ein. Die an den Runden Tischen gesammelten Informationen und Erfahrungen werden an die Bundesregierung rückgekoppelt.

Evaluierung der deutschen iBBZ

Die deutsche iBBZ wird regelmäßig unabhängig evaluiert.

ANNEX

I. Die IBBZ der Fachministerien

- Auswärtiges Amt (AA): Das AA unterstützt durch seine Auslandsvertretungen in – wenn möglich und sinnvoll – enger Abstimmung mit den Auslandshandelskammern die Vernetzung aller hieran interessierten deutschen Akteure, sorgt mit der Einrichtung „Runder Tische“ an den Auslandsvertretungen als Plattform für ein kohärentes Auftreten im Ausland und gewichtet die Berufsbildung angemessen in den bilateralen Beziehungen.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Das BMWi engagiert sich in der internationalen Berufsbildungskoooperation insbesondere mit seinen Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung. Wichtigste Ziele sind dabei die Fachkräftesicherung für deutsche Unternehmen im Ausland und ihre Partner vor Ort sowie die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bildungswirtschaft. Die vom BMWi geförderten AHKs sind vor Ort verankerte Plattformen der Außenwirtschaftsförderung, die Unternehmen, Anbieter der deutschen Bildungswirtschaft sowie staatliche Stellen vernetzen. In enger Verbindung mit den Kammern in Deutschland bieten die AHKs bedarfsorientierte und qualitätsgesicherte Berufsbildungsdienstleistungen im Ausland an. Mit dem Skills Experts Programm an ausgewählten AHKs unterstützt das BMWi ganz konkret deutsche Unternehmen bei der dualen Ausbildung der von ihnen benötigten Fachkräfte. Das KMU-Markterschließungsprogramm des BMWi bietet auch Unternehmen aus der Bildungswirtschaft die Möglichkeit, neue Zielmärkte und ihre Potenziale zu eruieren. Das BMWi-Managerfortbildungsprogramm ermöglicht Führungskräften aus den Partnerländern, die duale betriebliche Ausbildung in Deutschland praxisnah kennenzulernen.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Das BMAS setzt sich dafür ein, in der Systemberatung Aspekte wie Berufswahl und Berufsorientierung, Ausbildungsvermittlung sowie gelingende Übergänge Bildung-Ausbildung-Beruf von Beginn an mitzudenken. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verfügt hier über umfassende Kompetenz und kann den Aufbau und die Qualitätsentwicklung entsprechender Angebote in Partnerländern im Sinne eines ganzheitlichen systemischen Ansatzes unterstützen.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Das BMEL arbeitet über Projekte seines Bilateralen Kooperationsprogrammes vornehmlich mit ausgewählten Schwellenländern zusammen. Grundformate dieser Zusammenarbeit sind fachliche Dialogvorhaben, praxisbezogene Demonstrations- und Trainingsprojekte, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft durchgeführt werden, sowie Verbandskooperationsvorhaben. Dabei befassen sich einzelne Fachdialogprojekte vertieft mit Fragen der akademischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung. In den Demonstrations- und Trainingszentren werden nachhaltiger Anbau, moderne und artgerechte Tierhaltung erprobt, demonstriert und praktische Fertigkeiten und Wissen vermittelt. Die Zentren wenden sich an Fach- und Führungskräfte (einschließlich Berater, Lehrer oder Studenten) und sollen den Regierungen die Bedeutung praktischer Fortbildung und Möglichkeiten der Organisation unter Einbindung der Wirtschaft aufzeigen.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Das BMBF ist für die Berufsbildungs-gesetzgebung und das BIBB zuständig. Es koordiniert die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung durch die Leitung des Runden Tisches für internationale Berufsbildungszusammenarbeit und das länderbezogene Vorgehen deutscher Akteure durch Abstimmung mit wichtigen Sozialpartnern und Kammerstrukturen. Es steht den Bildungsministerien der Partnerländer als Ansprechpartner auf Augenhöhe zur Verfügung, begleitet mit fachlicher Unterstützung von GOVET im BIBB Partnerstaaten bei der Reform der Berufsbildungssysteme und unterstützt die Wirtschaft bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs im Ausland. Mit der Initiative „iMOVE: Training – Made in Germany“ im BIBB und der Förderinitiative „Internationalisierung der Berufsbildung“ unterstützt das BMBF deutsche Bildungsdienstleister bei der Ausweitung ihrer Auslandsaktivitäten. Das BMBF fördert Forschung zur internationalen beruflichen Bildung.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Berufliche Bildung ist ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Das BMZ unterstützt bedarfsgerecht zukunftsorientierte und praxisorientierte inklusive Berufsbildung in allen Partnerländern. Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung trägt zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Menschen in Entwicklungsländern bei und unterstützt nachhaltiges Wirtschaftswachstum, gesellschaftliche Entwicklung sowie die Schaffung von Zukunftsperspektiven für die Menschen. Im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie in direkter Kooperation mit lokalen und deutschen Unternehmen werden lokale Fachkräfte und Berufsbildungspersonal qualifiziert. Über Berufsbildungspartnerschaften werden

lokale Kammerstrukturen und Berufsbildungseinrichtungen gestärkt. Daneben finanziert das BMZ den Ausbau und die Ausstattung von Berufsbildungseinrichtungen und setzt über Berufsbildungsfonds Anreize für Unternehmen, in berufliche Bildung zu investieren. Zusätzlich unterstützt das BMZ Maßnahmen der beruflichen Bildung nicht-staatlicher Akteure wie Nichtregierungsorganisationen und Kirchen.

II. Am Runden Tisch für internationale Berufsbildungszusammenarbeit vertretene Akteure der iBBZ

Bundesagentur für Arbeit (BA)

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Bundesverwaltungsamt (BVA)

Kultusministerkonferenz (KMK)

Wirtschaftsministerkonferenz (WMK)

Bundesverband Berufsbildung International e. V. (BV-BBI)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB)

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V. (DAAD)

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt Projektträger e. V. (DLR-PT)

Didacta Verband e. V.

Don Bosco Mondo e. V.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Goethe-Institut e. V.

iMOVE – Training Made in Germany (BIBB)

Institut für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (dvv)

KfW Bankengruppe

sequa gGmbH

Senior Experten Service – Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH (SES)

Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)

